



«Wirtschaft & Politik aktuell»

Ausgabe für Lernende

Vollgeld-Initiative

Ausgabe 9, 2018

Prof. Dr. Roman Capaul





© by KLV Verlag AG

Alle Rechte vorbehalten

Trotz intensiver Nachforschungen gelang es uns nicht in allen Fällen, die Rechteinhaber zu ermitteln. Wir bitten diese, sich mit dem Verlag in Verbindung zu setzen. Meldung bitte direkt an den Verlag: rechte@klv.ch oder Telefon 071 845 20 10.

Layout und Cover: KLV Verlag AG

Ausgabe 9, 2018

KLV Verlag AG | Quellenstrasse 4e | 9402 Mörschwil
Telefon +41 71 845 20 10 | Fax +41 71 845 20 91
info@klv.ch | www.klv.ch

«Wirtschaft & Politik aktuell»

w&p aktuell



Liebe Schülerinnen und Schüler

Ein zentrales Bildungsziel der Wirtschaftsfächer in der Sekundarstufe II (Gymnasien und Berufsfachschulen) ist die Ausbildung von Ihnen zu mündigen Wirtschaftsbürgerinnen und Wirtschaftsbürgern. Sie sollen zu aktuellen Themen eine eigene, fundierte Meinung entwickeln können. Im Unterricht soll die Fähigkeit zum selbstständigen Urteilen in anspruchsvollen, wirtschaftspolitischen Fragestellungen gefördert werden. Für unseren Rechtsstaat ist dies ein wichtiges Anliegen. Oder wie es Milton Friedman einmal sagte: «Eine stabile und demokratische Gesellschaft kann ohne ein Minimum an Bildung und Wissen bei der Mehrheit ihrer Bürgerinnen und Bürger und ohne weitgehend akzeptierte allgemeine Werte nicht existieren.»

Unsere Demokratie ist ein kostbares Gut. Sie entwickelt sich laufend dynamisch weiter. Die Fragestellungen werden immer komplexer und kontroverser. Patentlösungen gibt es in der Regel keine. Es gilt, Zielkonflikte abzuwägen. Mit diesen Unterrichtseinheiten möchten wir Sie motivieren und befähigen, an den herausfordernden Fragestellungen zu partizipieren. Ziel sollte es sein, dass Sie bereit (Haltung) und fähig (Wissen) sind, Verantwortung für die aktive und konstruktive Entwicklung unseres Rechtsstaates zu übernehmen. Dem KLV Verlag, economiesuisse sowie dem Institut für Wirtschaftspädagogik (IWP-HSG) ist dieses Anliegen sehr wichtig. Wir haben uns deshalb zusammengeschlossen, um halbjährlich ein relevantes wirtschaftspolitisches Thema so aufzubereiten, dass es während 90 Minuten im Unterricht umgesetzt werden kann.

Bei der Ausgestaltung der Unterrichtseinheit sind uns folgende Aspekte wichtig:

1. Die Fragestellung wird aus mehreren Perspektiven beleuchtet.
2. Werte, Einstellungen und Interessen werden offengelegt.
3. Der Umgang mit Quellen geschieht sorgfältig.
4. Das für die Entscheidungsfähigkeit relevante Wissen wird aufbereitet.
5. Die gehaltvolle Argumentation und Diskussion während der Unterrichtssequenz haben einen hohen Stellenwert.

Wir wünschen Ihnen interessante Lektionen mit unseren Unterlagen.

Freundliche Grüsse

Prof. Dr. Roman Capaul

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Selbstevaluation

Finden Sie Ihre Haltung (nach Birchler und Rochet, 2017):

Frage 1: Wer kann besser beurteilen, wie viel Geld die Schweiz braucht?

- A) Die SNB dank ihrer Unabhängigkeit und Fachkenntnis.
- B) Die Geschäftsbanken dank ihrer Kontakte zu Haushalten und Wirtschaft.

Frage 2: Wer verwaltet das finanzielle Schweizer Staatsvermögen besser?

- C) Die SNB dank ihrer Unabhängigkeit und Fachkenntnis.
- D) Der Bund und die Kantone dank ihrer direktdemokratischen Verantwortung.

Frage 3: Welche der beiden obenstehenden Fragen ist Ihnen wichtiger?

- E) Frage 1.
- F) Frage 2.

Quelle:

Die Vollgeld-Initiative. Ein Leitfaden für jedermann (1. Nov. 2017).

Prof. em. Urs Birchler und Prof. Jean-Charles Rochet, Institut für Banking und Finance, Universität Zürich.

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Argumentation der Pro-Seite

Quelle: «Kernbotschaften der Vollgeld-Initiative» auch als PDF auf <https://www.vollgeld-initiative.ch/kernbotschaften/>

Auftrag 1: Text 1 «Vollgeld-Initiative»

Lesen Sie Text 1 «Vollgeld-Initiative» welcher die Position der Befürworter zeigt.

Unser elektronisches Geld wird so zu einem gesetzlichen Zahlungsmittel wie Banknoten und Münzen.

Auch Bargeld in elektronischer Form ist dann Vollgeld. Es gehört dem Geldbesitzer wie das Bargeld im Portemonnaie oder im Tresor. Wenn eine Bank in Konkurs gerät, gehen die Franken auf den Privatkonten nicht mehr verloren. Dieses Geld ist deshalb völlig sicher. Banken müssen nicht mehr vom Staat gerettet werden: dies wäre ein Riesengewinn an Sicherheit für unsere Volkswirtschaft.

Vollgeld fördert das traditionelle und solide Bankgeschäft.

Banken können auch mit Vollgeld rentabel und langfristig stabil arbeiten. Die Arbeitsplätze in der Bankenbranche bleiben gesichert. Das zeigt die PostFinance, die erfolgreich wirtschaftet, ohne selber Geld zu erschaffen. Da die PostFinance heute keine volle Banklizenz besitzt, kann sie durch Kreditvergabe kein Geld erzeugen, sondern nur mit Geld arbeiten, das ihr von Sparern oder Banken zur Verfügung gestellt wird. Trotzdem machte sie in den letzten Jahren durchschnittlich rund 600 Millionen Franken Gewinn. Auch Versicherungen und andere Finanzunternehmen arbeiten rentabel, ohne selbst Geld herzustellen.

Mit der Vollgeld-Initiative entsteht wieder ein Bankensystem, wie es sich die Bürger vorstellen und bereits einmal an der Urne beschlossen haben.

Unser elektronisches Geld wird dann nicht mehr durch Banken mit Eigeninteressen erzeugt, sondern durch die demokratisch kontrollierte, dem «Gesamtinteresse des Landes» (BV Art. 99 Abs. 2) verpflichtete Schweizerische Nationalbank. Die Nationalbank erzeugt das Geld, und die privaten Banken sind Vermittler zwischen Sparern und Kreditnehmern. Mit Vollgeld behalten die Banken weiterhin alle ihre bisherigen Geschäftsfelder (Zahlungsverkehr, Kreditvermittlung, Vermögensverwaltung und weitere Finanzdienstleistungen). Wenn nötig bekommen sie von der Nationalbank Darlehen, um eine Kreditklemme oder die Verteuerung von Krediten zu verhindern. Nur die Möglichkeit, selbst Geld zu erzeugen, wird den Banken entzogen.

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Erlöse aus der Geldherstellung nutzen!

Eine 1000er-Note hat Druckkosten von 30 Rappen, hat aber einen Wert von 1000 Franken. Das heisst, es sind 999,70 Franken Erlös aus der Geldherstellung (Fachbegriff: Seigniorage) möglich. Die Herstellung von elektronischem Geld ist noch billiger und somit die Seigniorage-Differenz zum Nennwert noch grösser. Ausser bei der Münzherstellung wurden diese Erlösmöglichkeiten bisher nicht genutzt, aus systemischen Gründen auch nicht von den Geschäftsbanken. Mit der Vollgeldreform wird dieses bisher nicht nutzbare Potenzial realisierbar. Die Banken verlieren also nichts, aber die Allgemeinheit hat viel zu gewinnen.

Eine erfreuliche Folge der Vollgeld-Initiative ist, dass die Nationalbank pro Jahr zusätzlich fünf bis zehn Milliarden Schweizer Franken an Bund und Kantone auszahlen kann. Das sind je nach Wirtschaftswachstum also das Zwei- bis Vierfache der bisher üblichen Gewinnausschüttung der Nationalbank, ohne Inflation auszulösen. Mit diesen zusätzlichen Einnahmen könnten Steuern gesenkt, Staatsschulden abgebaut oder öffentliche Infrastruktur und die Sozialwerke mitfinanziert werden. Möglich wäre auch, dieses neue Geld durch eine jährliche Bürgerdividende von 500 bis 1'000 Franken pro Kopf in Umlauf zu bringen. Die zusätzlichen Erlöse aus der Geldschöpfung kommen so der Gesellschaft und der Realwirtschaft zugute.

Geldschöpfung allein durch die Nationalbank

Mit Vollgeld wird die Nationalbank erstmals in die Lage versetzt, eine effektive Geldmengenpolitik zu betreiben. Als Richtwert zur Bestimmung der optimalen Geldmenge wird dabei das wirtschaftliche Wachstum eine wichtige Rolle spielen. Es wird im Initiativtext der Nationalbank aber bewusst keine genauere Vorgabe gemacht, so dass sie auf unterschiedliche Situationen angemessen reagieren kann.

Über die Geldpolitik der Nationalbank wird nicht im Elfenbeinturm entschieden. Da die Nationalbank wie bisher den Banken Geld in Form von verzinslichen Krediten zur Verfügung stellt, wird die Geldpolitik weiterhin gemeinsam von der Nationalbank und den kreditnachfragenden Banken bzw. Unternehmungen bestimmt. Allerdings wird die Stellung der Nationalbank im Vergleich zu heute gestärkt.

Die Macht der Nationalbank wird begrenzt durch ihren gesetzlichen Auftrag und die Pflicht zur Begründung ihrer Entscheide gegenüber der Öffentlichkeit. In der Ausführungsgesetzgebung kann der Auftrag der Nationalbank sowie deren demokratische Legitimation genauer bestimmt werden.

Keine Verpolitisierung der Nationalbank

Die SNB steht schon immer und auch heute unter grossen politischem wie wirtschaftlichem Druck und muss damit umgehen. Die Befürchtung, dass dieser Druck durch eine Zuteilung des neuen Geldes an Bund, Kantone oder Bürger zunehmen und einer Verpolitisierung der SNB Vorschub leisten könnte, ist unbegründet. Die Nationalbank ist von der Regierung unabhängig wie die Justiz. Klare gesetzliche Vorgaben bestimmen ihr Handeln, sie darf von keiner Instanz Weisungen entgegennehmen. Ein politischer Auftrag von Parlament oder Bundesrat an die SNB, im Interesse der Bundesfinanzen neues Geld zu schaffen, ist damit ausgeschlossen. Ein grosser Teil des neuen Geldes wird sowieso an die Banken verliehen und per Gesetz könnte die Auszahlungen an Bund und Kantone beschränkt werden. Bei einer Verteilung des neuen Geldes direkt an die Bürger/innen wird jede Verpolitisierung der SNB vermieden. Jeder Bürger wäre froh, hin und wieder ein kleines Geschenk von der SNB zu erhalten, aber einen Anspruch könnte er daraus nicht ableiten.

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Nationalbank kontrolliert die Geldmenge

Eine an das Wirtschaftswachstum angepasste Geldmenge gewährleistet die Stabilität der Finanzmärkte und der Realwirtschaft. Das funktioniert nur, wenn die Nationalbank die umlaufende Geldmenge tatsächlich bestimmen kann, indem sie auch alles elektronische Geld erschafft. Die Nationalbank ist im Unterschied zu den Geschäftsbanken dem «Gesamtinteresse des Landes» (Bundesverfassung Art. 99, Abs. 2) und der Preisstabilität verpflichtet.

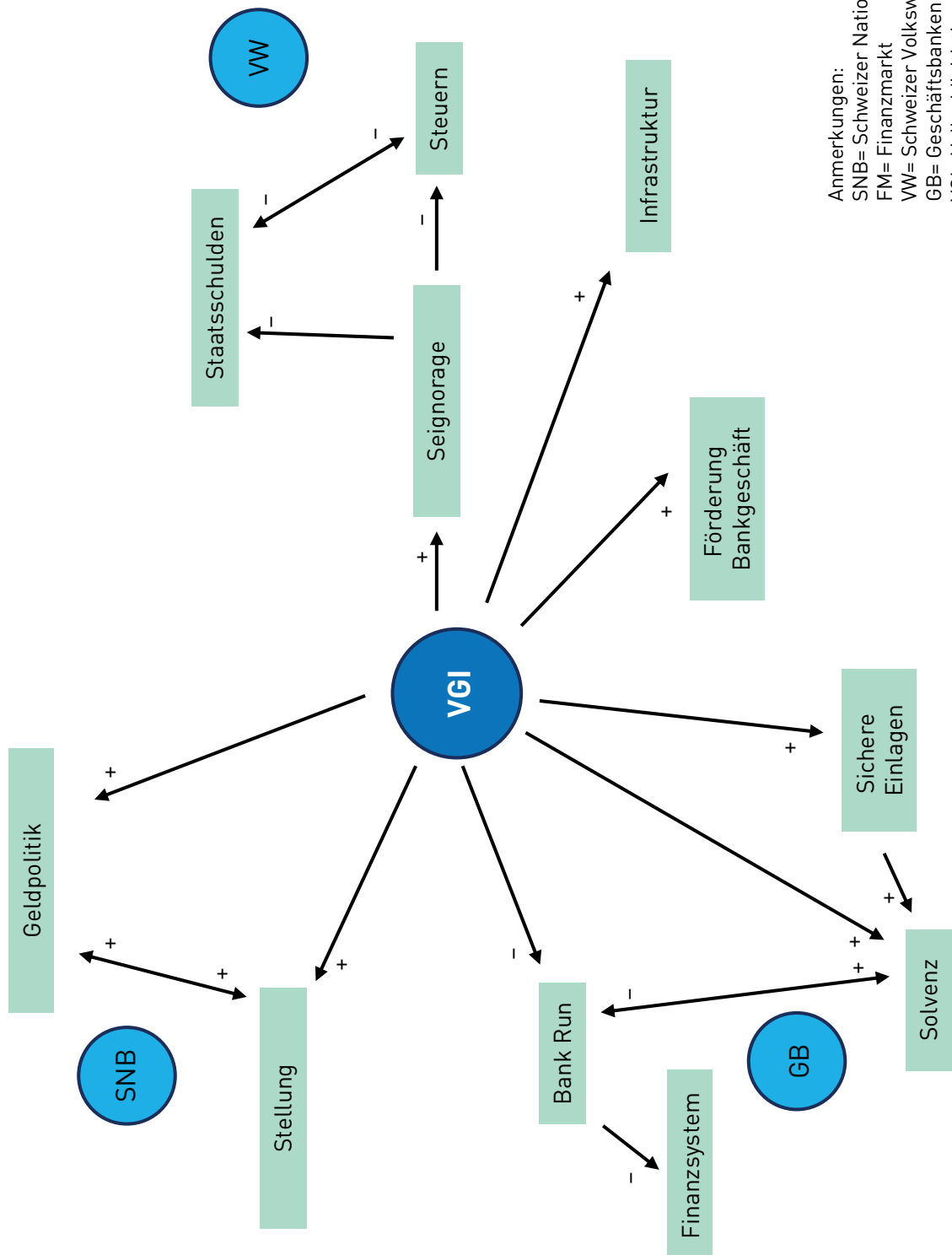
Die Umstellung auf Vollgeld kann gut vorbereitet und ohne Schwierigkeiten vollzogen werden. Es handelt sich nur um eine buchhalterische Veränderung an einem bestimmten Stichtag; das Vollgeld-System etabliert sich danach schrittweise innerhalb von einigen Jahren. Die Schweiz kann dies alleine umsetzen, denn im nationalen und internationalen Zahlungsverkehr ändert sich durch die Vollgeld-Initiative grundsätzlich nichts. Die Nationalbank verfügt jederzeit über die nötigen Steuerungsmöglichkeiten, um situationsgerecht und wirksam zu reagieren.

Schuldfreies Geld

Beim Vollgeld kommt das Geld auch ohne Schulden in Umlauf, entweder über Ausgaben des Bundes oder über Ausgaben der privaten Haushalte aufgrund einer Bürgerdividende. Wenn Geld schuldfrei entsteht, kann die Gesamtverschuldung der Schweiz reduziert werden; im privaten und öffentlichen Bereich um die erwähnte Summe von etwa 340 Milliarden. Das ist eine grosse Entlastung für Wirtschaft und Gesellschaft.

Weil die umlaufende Geldmenge (340 Milliarden CHF) mit Vollgeld nicht verzinst werden muss, entfällt die Zahlung von jährlich z.B. 3,4 Milliarden (bei 1 % Zins). Dies verringert die systembedingte Umverteilung von unten nach oben.

Anmerkungen:
 SNB= Schweizer Nationalbank
 FM= Finanzmarkt
 VW= Schweizer Volkswirtschaft
 GB= Geschäftsbanken
 VGI= Vollgeldinitiative



«Wirtschaft & Politik aktuell»

Argumentation der Contra-Seite

Quelle: economiesuisse

Auftrag 2: Text 2 «economiesuisse»

Lesen Sie Text 2 von «economiesuisse», welcher die Position der Gegner zeigt.

Ein noch nie versuchtes Experiment

Die Guthaben auf Schweizer Bankkonten sind sicher – das waren sie auch während der letzten Finanzkrise 2008. Unser Land hat ein stabiles Geldsystem, niemand muss sein Erspartes unter dem Kopfkissen verstecken. Doch die Vollgeld-Initiative unterstellt das Gegenteil und fordert deshalb einen radikalen Systemwechsel. Das ist hoch riskant, denn ihre Idee wurde noch nie einem Realitäts-Check unterzogen. Kein Land hat sein Geldsystem jemals derart auf den Kopf gestellt. Vergleichbare Ideen wurden zwar seit den 1930er-Jahren immer wieder vorgebracht, aber noch nie umgesetzt.

Die Schweiz als Testlabor?

Hinter der Vollgeld-Initiative steht eine Bewegung, die in diversen Ländern aktiv ist, insbesondere in Deutschland. Andernorts findet die Idee kaum Widerhall. Doch in der Schweiz ist es der Bewegung dank tatkräftiger Unterstützung aus dem Ausland gelungen, mehr als 100 000 Unterschriften für die Initiative zu sammeln. Die Volksabstimmung dient dazu, der Vollgeld-Idee international zu mehr Aufmerksamkeit zu verhelfen. Die Schweiz dient quasi als Testlabor. Das ist störend. Denn wenn das Experiment schiefgeht, sind viele der Verantwortlichen weit weg und müssen keine Nachteile befürchten. Und schiefgehen kann sehr viel, wie die folgenden Abschnitte zeigen.



Einlegerschutz: Guthaben bis 100 000 Franken sind heute schon gesichert

Der Konkurs einer Schweizer Bank ist extrem selten. Der oft zitierte Fall der Spar- und Leihkasse Thun (1991) war eine Ausnahme, und seither wurde die Bankenaufsicht verstärkt. Heute sind in der Schweiz Bankguthaben bis zu 100 000 Franken speziell geschützt. Falls es doch zu einem Konkurs kommen sollte, werden diese Forderungen vor allen anderen behandelt. Und falls das Geld dafür nicht ausreichen sollte, kommt die Einlagensicherung Esisuisse zum Zug, die dafür sorgt, dass die Kunden ihr Geld innert 20 Tagen erhalten. Für normale Sparer bringt Vollgeld deshalb keine zusätzliche Sicherheit, nur zusätzliche Kosten.

Mehr Informationen zur Einlagensicherung: www.esisuisse.ch

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Ein Traum für Spekulanten

Geldpolitische Reformen werden im Normalfall geheim gehalten und erst am Stichtag bekannt gegeben. Denn jede Zentralbank weiss, dass es sonst zu unkontrollierbaren Spekulationen an den Finanzmärkten kommt. Die Vollgeld-Initiative verlangt nun einen geldpolitischen Totalumbau auf einen bestimmten Stichtag hin. Ein grösseres Geschenk kann man den Geldspekulanten gar nicht machen. Thomas Jordan, Präsident der Schweizerischen Nationalbank (SNB) bringt es auf den Punkt: «Die Schweiz hätte ein unerprobtes Finanzsystem, das grundlegend anders wäre als diejenigen in allen anderen Ländern. Dies würde schon vor der Umsetzung für grosse Unruhe an den Finanzmärkten sorgen.»¹

Geld, das nicht arbeiten darf

Bankkonten, die heute für den Zahlungsverkehr genutzt werden, sind sogenannte Sicht- oder Girokonten. Die Bank verbucht Ein- und Auszahlungen, das Geld ist (so lange es nicht am Schalter oder Bancomaten bezogen wird) nur in digitaler Form vorhanden. Mit den Sichtguthaben kann die Bank arbeiten, Gewinne erzielen und einen Zins auszahlen. Die Vollgeld-Initiative schreibt vor, dass diese Art von Konto verboten wird. Alle Konten für den Zahlungsverkehr sollen in Vollgeld-Konten umgewandelt werden. Die Bank muss diese ausserhalb ihrer Bilanz führen und darf das Geld nicht anrühren. Doch Geld, das nicht arbeitet, wirft auch keinen Gewinn ab. Es liegt auf der Bank wie ein Goldvreneli im Tresor. Das führt zu höheren Gebühren und einem Wegfall der Zinsen für die Sparer. Eine aktuelle Untersuchung zeigt, dass mit Vollgeld pro Jahr rund 6,5 Milliarden Franken weniger Zinsen an die Kontoinhaber ausbezahlt würden.²

Teurere Kredite, weniger Investitionen

Im Vollgeld-System darf eine Bank nicht mehr so wie heute Kredite vergeben. Heute bewilligt die Bank einen Kreditantrag, nachdem sie die finanziellen Verhältnisse des Kunden geprüft hat. Sie schreibt den vereinbarten Betrag anschliessend seinem Konto gut und schafft damit neues Buchgeld. Die Vollgeld-Initiative will dies nun verbieten. Die Bank würde somit anderes Kapital benötigen (z.B. von risikofreudigen Sparern). Dieses zu finden, braucht mehr Zeit, ist komplizierter und teurer als heute. Wenn Kredite knapper und teurer werden, dann können die Unternehmen und Privatpersonen nicht mehr im selben Umfang investieren. Darunter leiden insbesondere die KMU: Sie beziehen heute 89 Prozent³ des Gesamtvolumens aller Geschäftskredite in der Schweiz, haben in den meisten Fällen aber keinen Zugang zu internationalen Finanzierungsmöglichkeiten. Sie werden durch Vollgeld ausgebremst. Ein solches System dient niemandem, denn wenn sinnvolle Investitionen verzögert oder gar verunmöglicht werden, trifft dies auch fast alle Bevölkerungsgruppen. Beispielsweise bei den Wohnkosten: Teurere Hypothekarkredite belasten nicht nur, wer ein Eigenheim besitzt oder kaufen möchte. Betroffen wären auch alle Mieterinnen und Mieter, denn weniger Bauinvestitionen bedeuten weniger Wohnungen. Und wenn Immobilien grundsätzlich teurer werden, steigen über kurz oder lang auch die Mieten.

¹ www.snb.ch/de/mmr/speeches/id/ref_20180116_tjn

² Bacchetta, Philippe (2017) – The Sovereign Money Initiative in Switzerland: An Assessment. Universität Lausanne.

³ Dietrich, Andreas et al. (2017) – Studie zur Finanzierung der KMU in der Schweiz 2016. Hochschule Luzern.

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Verschenkte Milliarden schwächen die Nationalbank

Nach dem Willen der Initianten soll die Nationalbank neues Geld künftig schuldfrei in Umlauf bringen. Oder anders gesagt: Sie soll es jedes Jahr an Bund, Kantone und Private verschenken. Genannt werden unterschiedliche Summen, aber meistens handelt es sich um zweistellige Milliardenbeträge. Damit sollen Steuern gesenkt, Sozialwerke saniert, Infrastrukturprojekte finanziert oder ganz einfach die Kaufkraft erhöht werden. Solche Aussichten wecken unweigerlich grosse Begehrlichkeiten. Der politische Druck auf die SNB, dieses Geld auch wirklich auszuschütten, wäre deshalb enorm.

Eine Einbahnstrasse

Der Hauptauftrag der Nationalbank besteht darin, für stabile Preise zu sorgen, indem sie das Zinsniveau am Geldmarkt steuert und so die Geldmenge indirekt beeinflusst. Zudem kauft oder verkauft sie nach Bedarf Aktien, Gold oder Staatsanleihen. Wie oben geschildert, wird die SNB durch die Vollgeld-Initiative gezwungen, jährlich Milliarden zu verschenken. Was aber, wenn sie die Geldmenge eigentlich verringern sollte, weil die Teuerung stark zunimmt? Im Vollgeld-System gehen ihr in diesem Fall die Optionen rasch aus. Die ausgeschütteten Milliarden lassen sich nämlich nicht zurückholen, denn niemand gibt freiwillig ein Geldgeschenk zurück. Das macht die Initiative so gefährlich: Sie gibt vor, die Nationalbank zu stärken – aber eigentlich schwächt sie die SNB enorm.

Massive Regulierung nötig

Macht man ein System kompliziert, schwerfällig und teuer, führt das normalerweise dazu, dass Menschen Umgehungsmöglichkeiten suchen. Auch beim Vollgeld ist davon auszugehen, dass Kreditnehmer versuchen würden, die Finanzierung ihrer Projekte über andere Wege sicherzustellen. Dafür bieten sich Kredite in anderen Währungen an, insbesondere in Euro, Dollar oder in Kryptowährungen, die teilweise aber enormen Wechselkursschwankungen ausgesetzt sind. Um die Stabilität des Systems zu gewährleisten, müsste die Politik viele neue Regeln und Verbote beschliessen. Die Initianten wollen dem Bundesrat die Vollmacht geben, nötigenfalls stark in den Finanzmarkt einzugreifen. Wörtlich steht im Initiativtext: «Er kann dabei vom Grundsatz der Wirtschaftsfreiheit abweichen.» Hier geht es um Grundlegendes, denn die Wirtschaftsfreiheit ist ein in der Bundesverfassung verankertes Grundrecht, das den Einzelnen vor staatlichen Einschränkungen seiner wirtschaftlichen Tätigkeit schützt. Im Bereich der Kreditvergabe will die Initiative dieses Grundrecht opfern.

Die Schweiz allein auf weiter Flur

Die Initianten sind zwar überzeugt, dass Vollgeld dermassen gut funktioniert, dass andere Länder die Idee umgehend kopieren würden. Dies ist aus heutiger Sicht aber völlig ungewiss. Gewiss ist hingegen, dass die Schweiz international völlig isoliert dasteht, bis diese Wunschvorstellung der Initianten Realität wird. Der Schweizer Finanzplatz würde, obwohl er global bedeutend und entsprechend vernetzt ist, nach ganz anderen Regeln funktionieren als der Rest der Welt. Die Konsequenzen lassen sich aus heutiger Sicht kaum abschätzen. Aber es ist zu erwarten, dass die Schweiz für Finanzgeschäfte schlicht unattraktiv wird.

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Grafik 7: Mögliches Netzwerkdiagramm der Contra-Seite

